



IM RÜCKWÄRTSGANG

Wenn Oberösterreich neue Windparks verbietet, gefährdet es auch den Wirtschaftsstandort. **Seite 3**



VOR ORT

Stefan Kaineder tourt durch Oberösterreichs Wirtshäuser und diskutiert dort über Heimat und was die Menschen bewegen. **Seite 4**



ZUBETONIEREN

Wie die Reichen unser Land versiegeln und die ÖVP sie dabei unterstützt. Drei Beispiele auf **Seite 5**

oö.PLANET

AUSGABE NR. 126
JULI 2025 27. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH
OÖ.PLANET NR. 02/2025 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | GZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



Grün hält Wort.



„WIR SIND AN DER SEITE DER MENSCHEN“

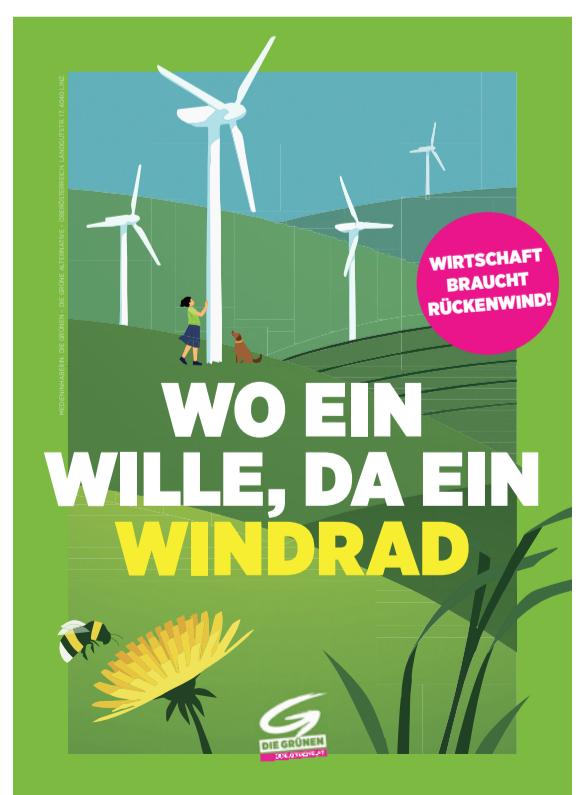
In Wien wurde am 29. Juni ein neues Kapitel für die Grünen aufgeschlagen: Leonore Gewessler, ehemalige Klimaschutzministerin, wurde mit 96,76 Prozent der Stimmen zur neuen Bundes-
sprecherin gewählt.

Nach der Verkündung des Ergebnisses richtete Gewessler entschlossene Worte an die Delegierten: „Gehen wir es gemeinsam an! Zeigen wir den Menschen, was wir Grünen bewegen können. Wir wollen eine Partei sein, die an der Seite der Menschen steht. Eine Partei, die hält, was sie verspricht – beim Klimaschutz, bei den Rechten der Frauen, bei Demokratie und Freiheit.“

Leonore Gewessler: „Wir hören zu, wir schauen hin, wir packen an.“

Unter dem Motto „Grün hält“ wollen die Grünen noch klarer zeigen, wofür sie stehen: für Klimaschutz, eine starke Wirtschaft, Gerechtigkeit und Sicherheit. Gerade jetzt, in einer Zeit voller Unsicherheit, braucht es Mut, Zuversicht und eine klare Richtung – Werte, auf die man sich bei den Grünen verlassen kann. „Wir sind da, wenn's drauf ankommt. Wir hören zu, wir schauen hin, wir packen an“, so Gewessler. (bw)

Mehr dazu auf Seite 2.



ZUGESPIZT



MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

UNTER DIE BÄUME

Hitze stellt eine der größten Herausforderungen des Klimawandels dar. Eins zeigt sich aber an diesen Hitzetagen: Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, um unsere Städte „hitzefit“ zu machen. Vielerorts wird weiterhin auf „Betonpolitik“ gesetzt. Vor allem an heißen Tagen spüren wir am eigenen Leib, was es heißt unter einem Baum zu stehen oder auf einer schattenlosen Asphaltfläche vor einem Supermarkt. Im Schatten eines großen Baumes kann es schon bis zu 18 Grad kühler sein als auf unbeschatteten Asphaltflächen. Klar ist, was zu tun ist: ein besserer Baumschutz, ein Entstiegungsfonds, um die Asphaltwüsten zurückzubauen, Sicherung von Frischluftschneisen und eine gezielte Begrünung der Städte. Besonders betroffen von der Hitze sind Menschen mit geringem Einkommen. Deshalb ist Hitzeschutz auch eine soziale und gesundheitspolitische Pflicht.

**meint Marco Vanek, oö.planet
Chefredakteur**



KLIMASCHUTZ MIT SCHLUPFLÖCHERN

Die Europäische Kommission hat ihren Vorschlag für das Klimaziel für das Jahr 2040 vorgestellt. Der Vorschlag sieht vor, die CO₂-Emissionen innerhalb der nächsten 15 Jahre im Vergleich zu 1990 um 90 % zu senken, lässt dabei aber Schlupflöcher offen. Ziel ist es, die EU bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen.

„Das Ziel von 90 Prozent CO₂-Reduktion bis 2040 ist das, was in Europa notwendig ist“, sagt Leonore Gewessler. Es ist kein gutes Zeichen, dass die Kommission bei diesem Mindestziel jetzt auch noch Schlupflöcher vorschlägt. Vor der Klimakonferenz in Brasilien steht eine lebenswerte Welt auf dem Spiel. Wenn wir bei der Klimakonferenz ohne ein glaubwürdiges europäisches Gesetz dastehen, verlieren wir nicht nur Zeit und unsere Vorreiter-Rolle im Kampf gegen die Klimakatastrophe – wir verlieren jede globale Ambition.“

„WIR SIND DA, WENN ES DRAUF ANKOMMT.“

Leonore Gewessler im oö.planet-Interview über ihren Fokus als neue Bundessprecherin, wieso es die Grünen gerade jetzt braucht und was sie den oö.planet-Leser:innen mitgeben möchte.

oö.planet: Am Bundeskongress wurdest Du mit großer Mehrheit zur Bundessprecherin gewählt. Was bedeutet Dir dieses Vertrauen?

Das hat mich tief berührt. So viel Rückhalt zu bekommen, gibt mir Kraft – und ist für mich ein klarer Auftrag. Gerade jetzt ist es wichtig, dass wir nicht wegschauen, sondern gemeinsam anpacken. Ich bin dankbar, das jetzt auch in dieser Rolle tun zu dürfen.

Was möchtest Du als neue Bundessprecherin bewegen?

Ich möchte, dass die Menschen spüren: Die Grünen stehen an meiner Seite. Wir hören zu, wir kümmern uns – und wir verlieren das große Ganze dabei nicht aus dem Blick. Ich will zeigen: Wir Grünen können nicht nur Umwelt, wir können auch Familie, Wirtschaft und Sicherheit. Mir geht es um eine Politik, die hält was sie verspricht, und die Menschen auch in schwierigen Zeiten nicht alleine lässt.

Welche Themen willst Du, neben Klima- und Umweltschutz, in den Mittelpunkt stellen?

Klima- und Umweltschutz ist und bleibt die DNA der Grünen – dafür wurden wir gegründet.



Foto: Die Grünen

Ich möchte, dass wir dort wieder gemeinsam stark sind und besonders junge Menschen gerne mit uns für ihre Zukunft kämpfen. Klimaschutz soll helfen und nicht überfordern. Aber wir müssen auch in anderen wichtigen Bereichen neue Antworten finden: Frauen sollen selbst entscheiden können, wie

viel sie arbeiten und wie ihre Kinder betreut werden. Niemand sollte Angst haben müssen, nachts alleine nachhause zu gehen. Es muss klar sein, dass für uns als Friedenspartei, Frieden nicht Unterwerfung bedeutet. Das gilt nicht nur militärisch, sondern vor allem auch wirtschaftlich.

Warum ist gerade jetzt Grüne Politik so wichtig?

Weil wir genau da ansetzen wollen, wo's im Alltag spürbar ist: beim Heizen, bei Öffis, bei Familien. Es geht um Politik für die Menschen – und nicht zu lasten derer, die ohnehin schon viel schultern.

Was ist Deine Aufgabe in der Opposition?

Wir sagen klar, wenn etwas falsch läuft. Wir sind eine Opposition, die sich nicht wegduckt – sondern dort laut wird, wo es um Gerechtigkeit geht. Aber wir zeigen auch, wie es besser gehen kann: für günstiges und sauberes Heizen, flächendeckende Kinderbetreuung oder Öffi-Ausbau. Uns geht's nicht ums Dagegensein, sondern um spürbare Verbesserungen für die Menschen.

Was tust Du, um im oft stressigen Politikalltag auch mal zur Ruhe zu kommen?

Wenn's rundherum turbulent ist, hilft mir am meisten: rausgehen und durchatmen. Am liebsten wandere ich – einfach gehen, den Kopf frei bekommen. Da macht dann auch das Handy Pause. Und wenn ich abends dann noch ein gutes Buch zur Hand nehme, ist das für mich der perfekte Ausgleich.

Gibt es etwas, das Du den oö.planet-Leser:innen mitgeben möchtest?

Ja, ich habe tatsächlich ein großes Anliegen: Steckt den Kopf nicht in den Sand. Sprecht mit, gestaltet mit – mischt euch ein! Wir Grünen sind an eurer Seite – gemeinsam packen wir das an! Und ich freue mich auf alle, die mitgehen.

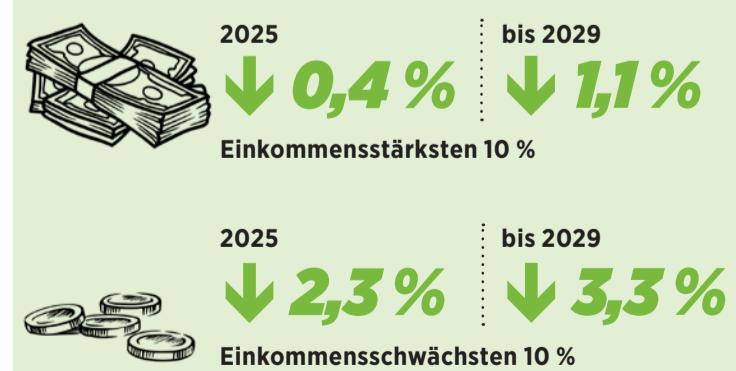
DAS SPARPAKET TRIFFT GERINGVERDIENENDE

Das Sparpaket der Bundesregierung führt laut Budgetdienst zu einer ungleichen Verteilung der Lasten. Besonders betroffen sind Haushalte mit niedrigem Einkommen. Ein zentraler Punkt: Die Abschaffung des Klimabonus trifft zwar alle Einkommensgruppen, stellt jedoch für ärmere Haushalte eine deutlich höhere Belastung dar. Zusätzlich werden Sozialleistungen wie Familienbeihilfe nicht wie bisher automatisch angepasst („valorisiert“), was vor allem die unteren beiden Einkommensdezile betrifft. Auch Pensionist:innen müssen mit höheren Krankenversicherungs-

beiträgen rechnen. Die teilweise Aussetzung der kalten Progression zeigt zwar bei höheren Einkommen größere absolute Effekte, belastet ärmere Haushalte jedoch relativ stärker.

Die Zahlen konkret: Das durchschnittliche Haushaltseinkommen der einkommensschwächsten 10 Prozent sinkt 2025 um 2,3 Prozent, während die einkommensstärksten zehn Prozent nur einen Rückgang von 0,4 Prozent hinnehmen müssen. Bis 2029 könnte der Verlust bei den untersten Einkommensgruppen sogar auf 3,3 Prozent steigen, bei den reichsten nur auf 1,1 Prozent.

RÜCKGANG DES DURCHSCHNITTLICHEN HAUSHALTSEINKOMMENS



Die untersten zehn Prozent der Haushalte tragen etwa acht Prozent des Konsolidierungsvolumens, die obersten zehn

Prozent zwar 14 Prozent, aber relativ zu ihrem Einkommen sind die Belastungen für Geringverdiener viel gravierender.



Foto: Die Grünen

RÜCKENWIND STATT RÜCKWÄRTSGANG

Die Windkraft spielt eine wichtige Rolle in der Energiewende für eine stabile Stromversorgung. Doch für die Regierungsmehrheit in Oberösterreich sind Windräder ein Feindbild.

■ BENJAMIN WIMMER

Die Energiewende ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Oberösterreich steht dabei vor der entscheidenden Aufgabe, seine Energieversorgung nachhaltig, sicher und wirtschaftlich sinnvoll zu gestalten. Die Windkraft spielt dabei eine Schlüsselrolle: Sie bietet enormes Potenzial zur Klimaneutralität, stärkt die Energieunabhängigkeit vom Ausland – von Öl, Gas und Atomkraft – und sie stärkt die regionale Wertschöpfung und sichert Arbeitsplätze. Die Windkraft liefert Strom unabhängig vom Sonnenlicht, im Winter, wenn wir ihn am meisten brauchen. Das ist ein wichtiger Vorteil für eine stabile, erneuerbare Stromversorgung.

Die schwarz-blaue Landeskoalition aber hat sich die Windkraft als Feindbild auserkoren. Sie hat sich ganz offensichtlich zum Ziel gesetzt; den notwendigen raschen Ausbau der Windkraft mit aller Kraft zu untergraben. Konkrete geplante Projekte wie jene in Grünbach und Schenkenfelden sind aufgrund jahrelanger Anti-Windkraft-Stimmungsmaße gescheitert. Auch weitere Projekte stehen vor dem Aus.

In der Pressekonferenz von Wirtschafts-Landesrat Achleitner und LH-Stv. Haimbuchner im vergangenen Dezember wurde noch großmundig von geplanten Windkraftanlagen in neutralen Gebieten gesprochen. So war die Rede davon,

dass in diesen neutralen Zonen – also Gebieten, die weder als Ausschluss- noch als Beschleunigungszonen ausgewiesen sind – 35 Windkraftanlagen in Planung seien.

Nur ein halbes Jahr später zeigt sich, wie realitätsfern diese Ankündigungen waren: Nach den negativen Bürgerentscheidungen in Grünbach und Schenkenfelden sowie der massiven Reduktion des Projekts im Lachforst – fünf von sieben geplanten Anlagen sollen dort bereits vom Tisch sein – bleiben derzeit nur mehr 18 der ursprünglich 35 angekündigten Anlagen übrig, die möglicherweise realisiert werden können.

Der Vergleich macht sicher: Im geplanten Windpark Sandl – einem Standort mit optimalen Windverhältnissen, voller Unterstützung der Gemeinde und der geringsten Vogelschutz-Sensibilitätsstufe – wurden bereits 22 Windkraftanlagen mit

einer Gesamtleistung von 160 Megawatt zur Genehmigung eingereicht. Damit könnten jährlich bis zu 500 Gigawattstunden Strom erzeugt und rund 130.000 Haushalte versorgt werden. Ein Projekt, das beispielhaft zeigt, was möglich wäre, wenn die Politik endlich den Ausbau der Windkraft aktiv unterstützen würde – statt ihn zu behindern.

„Die Windkraftblockade von ÖVP und FPÖ gefährdet nicht nur die Energiewende, sondern auch den Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Die Strompreise für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher sowie für unsere Wirtschaft steigen weiter – und werden zunehmend zu einem gravierenden Standortnachteil. Das wird zum Risiko für unsere Industrie, unsere Arbeitsplätze und letztlich für den Wohlstand, den wir über Jahrzehnte mühsam aufgebaut haben“, so Landessprecher Stefan Kaineder.

WIE KLIMASCHUTZ BESTRAFT WIRD!

Menschen, die aktiv zum Klimaschutz in Österreich beitragen, werden durch das Sparpaket in mehrfacher Hinsicht benachteiligt.

Abschaffung des Klimabonus:

Der Klimabonus war als sozial-ökologischer Ausgleich für die CO₂-Bepreisung gedacht und sollte insbesondere jene entlasten, die klimafreundlich leben oder auf klimafreundliche Mobilität setzen. Mit dem Wegfall dieses Bonus verlieren gerade diese Menschen eine direkte finanzielle Kompensation für höhere Energie- und Spritpreise, die durch die CO₂-Steuer entstehen.

Kürzungen bei Umwelt- und Klimaförderungen:

Das Sparpaket sieht massive Einschnitte bei Förderprogrammen für Umwelt- und Klimaschutz vor. Betroffen sind unter anderem Förderungen für thermische Sanierung und Heizungstausch, Programme zur Transformation der Industrie und zur Steigerung der Energieeffizienz.

Verteuerung klimafreundlicher Mobilität:

Das Klimaticket, das den öffentlichen Verkehr österreichweit erschwinglicher machen sollte, wird deutlich teurer: Der Preis steigt in zwei Schritten von 1.179,30 € auf 1.400 € (ermäßigt von 975 € auf 1.050 €) bis 2026. Auch das Gratisticket für 18-Jährige entfällt.

IDEEN FÜR EIN KLIMAFITTES OBERÖSTERREICH

Am oö. Klimagipfel waren sich die Expert:innen einig, wie wir uns vor der Hitze anpassen müssen.

■ MARCO VANEK

Flussläufe renaturieren:

Flüsse werden wieder naturnah gestaltet, um Hochwasser besser abzufangen und Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Dies erhöht den Hochwasserschutz und stärkt die Ökosysteme.

Mehr Grün in die Städte:

Mehr Parks, Straßenbegrünung und gezielte Baumoffensiven

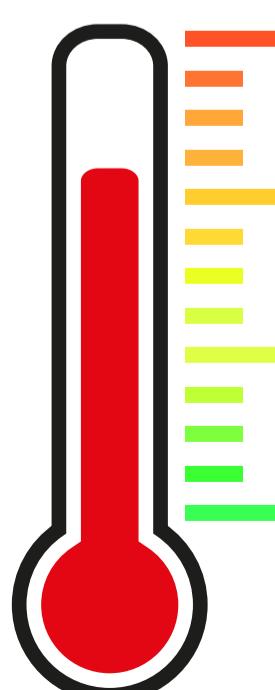
senken die Temperaturen in überhitzten Siedlungsgebieten und verbessern die Lebensqualität.

Flächen entsiegeln:

Versiegelte Flächen wie Parkplätze oder Betonflächen werden durch wasserdurchlässige Materialien ersetzt, um die Versickerung von Regenwasser zu ermöglichen und Überflutungen vorzubeugen.

Bienenfreundliche Dach- und Fassadenbegrünung:

Begrünte Dächer und Fassaden verbessern das Mikroklima, fördern die



Biodiversität und tragen zur Kühlung von Gebäuden bei.

Mehr Sonnenschutz:

Maßnahmen wie Verschattungselemente, Pergolen oder Baumpflanzungen an und um öffentliche Gebäude und Plätze schützen vor sommerlicher Hitze und erhöhen die Aufenthaltsqualität.

Mehr Trinkwasserspender im öffentlichen Raum:

Dies trägt zur Hitzebewältigung bei und erhöht die Aufenthaltsqualität in Städten und Gemeinden.





WEITERE FEUCHTWIESE GERETTET!

Um die Lebensgrundlage des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläulings zu schützen, hat der Naturschutzbund eine Feuchtwiese an der Maltsch freigekauft. Die etwa einen Hektar große Fläche liegt zwischen Leopoldschlag und Stiegersdorf im Bezirk Freistadt und grenzt an weitere, bereits dem Naturschutzbund gehörende Wiesen. Sie wird so gepflegt, dass die auf ihr vorkommenden Tier- und Pflanzenarten in all ihren Besonderheiten berücksichtigt werden. Das bedeutet: nicht gedüngt, später gemäht und Schnittgut entfernt. „Schmetterlinge reagieren besonders empfindlich auf Veränderungen ihrer Umwelt, deshalb setzen wir uns in erster Linie für den Schutz ihrer natürlichen Lebensräume ein!“, sagt Naturschutzbund-Geschäftsführerin Birgit Mair-Markart.

Seit vielen Jahren schon kauft der Naturschutzbund in ganz Österreich schützenswert Naturräume auf. In Oberösterreich sind es bereits über 300 Hektar, die unter die Fittiche der Naturschutzaktivist:innen gekommen sind. Weitere Informationen unter: naturfreikauf.at/unsere-flaechen.html



IMPRESSUM

oö.planet 02/2025

Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M

Medieninhaberinnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17

Herausgeberinnen: Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag.

Die Redaktion: Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger

Mitarbeiter:innen und Autor:innen: Benjamin Wimmer Mag. Michael Svoboda, Severin Mayr, Dr. René Freund,

Korrektorat: Mag. a Barbara Vanek

Fotos: www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, Ron Sandmayr,

Gestaltung: agentur gt+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner

Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner

Adressenverwaltung: Mag. Richard Steinmetz Tel.: 0732/73 94 00, service.ooe@gruene.at

Druck: Wimmer Medien Druck, Linz

Verbreitete Auflage: 21.000 Stück
Die nächste Ausgabe des oö.planet

Mitte Oktober 2025

STEFAN KAINEDER SUCHT DAS GESPRÄCH IM WIRTSHAUS



Was bewegt die Menschen, wollen Stefan Kaineder und seine Grünen Mitstreiter:innen wissen. Der oö.planet besuchte eines der Grünen Heimatgespräche im Mühlviertel.

■ MARCO VANEK



Mitte Juni in der Gemeinde Gramastetten, Bezirk Urfahr-Umgebung: Schon zwanzig Minuten vor Beginn kommen die ersten Zuhörer:innen ins Gastzimmer des Kirchenwirtes und werden von Stefan Kaineder persönlich begrüßt. Bis zum Beginn hat sich der Raum mit gut 50 Besucher:innen gut gefüllt, viele davon kommen aus dem Ort selber, aber auch von umliegenden Gemeinden. Darunter sind Jüngere, die erst vor kurzem nach Gramastetten gezogen sind, aber auch ältere Grünbewegte, die sich schon seit Jahrzehnten um ökologische Themen in der Region engagieren.

Die Atmosphäre ist bei diesen und anderen Grünen Heimatgesprächen bewusst niederschwellig. Nach einem ersten

Statement setzt sich Stefan Kaineder zu den Tischen und diskutiert mit den Menschen. „Gerade weil die Diskussionen auf Augenhöhe verlaufen, macht es den großen Wert der Gespräche aus“, wird er nachher bemerken.

Die Themen, die die Menschen beschäftigen, sind auch an diesem Abend breit gefächert: Dauerbrenner ist wie überall im Mühlviertel, die Weigerung des Landes OÖ, Windkraftanlagen in Sandl zu errichten. So fragte ein Besucher, wo er für Windräder demonstrieren kann. Eine andere Besucherin wirbt an diesem Abend um Interessierte, die sich an ihrem gemeinschaftlichen Wohnprojekt beteiligen möchten. Sie suchen schon länger im

Umland von Linz ein größeres Grundstück, um darauf ein Wohnhaus für mehrere Generationen zu bauen. Eine andere Zuhörerin sorgt sich um die notwendige Pflege älterer Menschen im ländlichen Raum und wünscht sich mehr Care-Communities. Auch infrastrukturelle Probleme, etwa im öffentlichen Nahverkehr, werden angesprochen. Kaineder nimmt die angesprochenen Anliegen ernst: „Wenn Probleme zur Sprache kommen, für die ich politische Lösungen erwirken kann, dann nehme ich sie vom Wirtshaus auf den Schreibtisch mit“.

Mit den Heimatgesprächen wollen die Grünen auch ein Zeichen gegen die Vereinnahmung des Heimatbegriffs

durch Rechtspopulisten setzen. Für Kaineder ist Heimat kein rückwärtsgewandter Begriff, sondern eine Aufgabe, die aktiv gestaltet werden muss. „Heimat ist da, wo ich mich einbringe“, lautet sein Credo. In Gramastetten ruft Kaineder am Ende des Statements die Anwesenden auf, sich aktiv in der Gemeinde einzubringen, mitzureden und mitzugestalten, „immer aber mit Respekt, Wertschätzung und Herz“.

Mit diesem Gesprächs- und Diskussionsformat setzen Kaineder und die Grünen ein Zeichen für einen offenen, demokratischen Dialog über die Zukunft Oberösterreichs und beweisen, dass Politik auch am Wirtshausstisch beginnen kann.

TERMINE

Mi. 24.09. Gasthaus Hofwirt, Pettenbach

Mi. 01.10. Gasthaus Hiaslwirt, Eferding

Mi. 08.10. Mesnersöldle, Utzenaich

Do. 16.10. Brauhaus Haselbach, Braunau

Mi. 22.10 Landgasthaus Bruckwirt, Pichl b. Wels

Di. 4.11. Gasthof zur Post, Hinterstoder

Do. 27.11. Aichingerwirt, Sankt Lorenz am Mondsee

KEIN WASSER, DAFÜR TOTE FISCHE

Wie der Klimawandel Oberösterreich langsam aber doch verändert.

■ BENJAMIN WIMMER

Die anhaltende Trockenheit und die hochsommerlichen Temperaturen hinterlassen immer deutlicher ihre Spuren an Oberösterreichs Gewässern. In mehreren Regionen sind kleinere Flüsse und Bäche bereits trocken gefallen – so etwa die Mattig in Mattighofen. Dort sind derzeit ganze Abschnitte ohne sichtbaren Wasserlauf.

Während große Flüsse wie der Inn oder die Salzach derzeit noch Mittelwasser führen, liegen Enns, Traun und Donau vielerorts bereits im Niedrigwasserbereich, bei kleineren Fließgewässern ist die Situation kritisch. Auch die großen Seen des Salzkammerguts könnten ohne baldige, ergiebige Niederschläge binnen weniger Wochen deutlich an Wasser verlieren.

Die Dürre trifft die Gewässer gleich mehrfach: Einerseits engt der sinkende Wasserstand den Lebensraum der Fische ein, andererseits führen hohe Temperaturen zu Sauerstoffmangel.



■ Im Flussbett der trocken gefallenen Mattig in Mattighofen

„Wenn sich die Fische nicht in kühleren oder tiefere Zonen zurückziehen können, droht Fischsterben“, so Umwelt- und Klima-Landesrat Stefan Kaineder. „Wir sehen an der Mattig und vielen anderen Flüssen: Der

Klimawandel ist keine abstrakte Bedrohung mehr. Er verändert unser Land, unsere Lebensgrundlagen und unsere Natur in einer Geschwindigkeit, die uns alle mehr und mehr fordert“, so Kaineder.



EIN GROSSER GRÜNER ERFOLG: MEHR KONTROLLE IN STADT UND LAND

Mit dem neuen Informationsfreiheitsgesetz werden auch die Kontrollberichte der Statutarstädte Linz, Wels, Steyr veröffentlicht werden. Auch für das oö. Landesparlament gelten neue Transparenz- und Kontrollregeln: Der Landtag hat künftig Veröffentlichungspflichten, die gesetzlich abgesichert sind. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist das Fragerecht der Abgeordneten in vollem Umfang abgesichert.



MEHR BÄUME FÜR DIE STÄDTE

Aktuelle Studien und Umfragen zeigen deutlich: Die Mehrheit der Stadtbewohner:innen wünscht sich mehr Bäume und Grünflächen in der Stadt. Besonders in Zeiten von Hitzewellen, Luftverschmutzung und wachsendem Flächenverbrauch steigt das Bedürfnis nach grünen Rückzugsorten. Die Wiener BOKU zum Beispiel veröffentlichte kürzlich eine Studie, wo mehr als die Hälfte der Wiener:innen angeben, dass sie bereit wären, Parkplätze zu opfern, um mehr Bäume und Grünflächen zu bekommen. 65 % der Befragten wären sogar bereit, eine jährliche Abgabe zu zahlen, wenn dadurch neue Grünflächen entstehen, die die Luft verbessern und die Stadt kühlen. Viele würden auch längere Wege zur eigenen Wohnung in Kauf nehmen, wenn dadurch mehr Bäume gepflanzt werden. Andere Forschungen belegen, dass sich die Befragten in Grünanlagen mit hoher Baumvielfalt am meisten entspannen und erholen können.

Näheres unter www.boku.ac.at

Wie unsere Natur Stück für Stück verbaut wird und sich die ÖVP als Türöffner für Beton und Millionäre hergibt. Drei aktuelle Beispiele aus Oberösterreich.

■ BENJAMIN WIMMER

Baustellenzufahrten, flankiert von Baggern und Betonmischern. Große Harvester, die anrücken, um hektarweise Waldflächen zu roden. Sensible Naturlandschaften, die luxuriösen Hotels und Chalets weichen müssen. Das sind keine möglichst dystopischen Fantasie-Szenarien, sondern ein kleiner Einblick in den Ausverkauf unserer oberösterreichischen Heimat. Oberösterreich verschwindet Tag für Tag ein Stück mehr unter grauem Beton, ÖVP-Landesrat Markus Achleitner, zuständig unter anderem für Raumordnung, Tourismus und Wirtschaft, beschönigt die Tatsachen mit Zahlenspielchen zu Flächenver siegelung und Bodenverbrauch. Was bei jedem Projekt gleich ist: Private Profitinteressen rufen, Schwarz-Blau ebnet zuerst den Weg und dann die Natur.

Hinterstoder

Im Mai 2023 wurde mit dem Bau eines Luxus-Camping Resorts begonnen, mitten in der Natur, direkt an einem der ausgewiesenen schönsten Plätze Österreichs, dem Schiederweiher. Das Areal umfasst 22.000 Quadratmeter, auf denen Camping-Stellplätze, Hotelsuiten und Campingfässer inklusive Gastrobereich, Minimarkt und Außenpool errichtet wurden. Bester Ausblick auf die malerische Bergszenerie inklusive.

Projekt Ohlsdorf: „Die schlimmste Bausünde Österreichs“

Das Einzige, was diesem Tourismusangebot der Extraklasse fehlt, ist die Widmung für den Bau. Gebaut und auch eröffnet wurde das Luxus-Resort trotzdem, und das obwohl sogar der Verfassungsgerichtshof eingegriffen hat, um die Fertigstellung zu verhindern. Mithilfe einer nachträglichen Widmung, beschlossen im Gemeinderat, sehen sich ÖVP-Bürgermeister, Campingplatz-Geschäftsführer und zugleich ehemaliger ÖVP-

Ersatzgemeinderat sowie auch ÖVP-Landesrat Achleitner, der sich auch die Eröffnung des Betriebes nicht entgehen ließ, im Recht. Die Gerichte beschäftigen sich wohl noch länger mit diesem Fall.

Luxus am Berg

Nur wenige Kilometer entfernt, auf den Hutterer Böden, wartet der einst glorifizierte Hotel- und Chaletkomplex „Triforêt“ auf Abbruch oder Neuaustrichtung. Die Alpin Family GmbH ist insolvent, und mit dem Insolvenzantrag offenbart sich, was schon im Förderentscheid angelegt war: Es handelte sich nie um ein klassisches Tourismusprojekt, sondern um ein reines Buy to let Modell für zahlungskräftige Anlegerinnen und Anleger. Gefördert durch knapp zwei Millionen Euro aus dem ÖVP-geführten Landestourismusressort. Statt einem touristischen Leuchtturmprojekt bleibt ein politischer Scherbenhaufen. Von Anfang an hatte Landesrat Stefan Kaineder vor einer finanziellen Beteiligung durch das Land gewarnt. In der Landesregierung stimmte er als einziger gegen die Förderung, die offenbar dafür verwendet wurde, um das Eigentum für Reiche inmitten unserer Berge zu subventionieren.

Ohlsdorf

Doch nicht nur in Hinterstoder wird Natur für Profite geopfert. In Ohlsdorf mussten 20 Hektar Wald einem Logistikzentrum weichen – profitiert hat davon ein ÖVP-Großspender und Schottermillionär. Die Rodung wurde mit dem Versprechen von 600 Arbeitsplätzen genehmigt. Davon ist man aktuell Galaxien entfernt. Dafür konnte man mit dem Projekt Ohlsdorf mittlerweile zwei andere, wenn auch fragwürdige, Trophäen erringen. Im Zuge der Greenpeace-Initiative „Österreichs 9 Betonschätze“ wurde Ohlsdorf zu Oberösterreichs Betonschatz Nummer 1 gekürt. Der zweite Titel ist sogar ein bundesweiter, und so darf das Projekt Ohlsdorf nun als „schlimmste Bausünde Österreichs“ bezeichnet werden. So haben mehr als 18.000 Menschen bei einem WWF-Voting abgestimmt. Diese Beispiele sind symptomatisch für den Bodenverbrauch in Oberösterreich, viel mehr aber für die Art, wie die ÖVP Politik betreibt. Ein paar Millionäre verdienen mit der Zerstörung unserer Umwelt und Lebensgrundlagen. Das große Geld klopft an und die ÖVP öffnet die Tore Oberösterreichs sperrangelweit – für Bagger, Betonmischer und die großen Investoren.

ROT-GRÜN AUF DER JKU

Nach zehn Jahren in der Opposition sind die Grünen und Alternativen Studierenden wieder in einer gestaltenden Rolle innerhalb der ÖH der Linzer Kepler-Universität. Gemeinsam mit dem VSStÖ (Verband Sozialistischer HochschülerInnen) lösen sie nach zehn Jahren die VP-nahe Aktionsgemeinschaft ab. In den nächsten beiden Jahren bestimmt Rot-Grün die Student:innenpolitik auf Oberösterreichs größter Universität. Als zweite Vorsitzende wurde die GRAS-Kandidatin **Melanie Müller** gewählt (im Bild mit ihrem Kollegen **Tomislav Pilipovic**).

Sie möchte vor allem Akzente für eine klimaneutrale, soziale und diskriminierungsfreie Hochschule setzen.



WAS BRAUCHT INTEGRATION?

Vor Kürzungen im Integrationsbereich in OÖ warnt die Grüne Sozial- und Integrationssprecherin **Ines Vukajlović**. „Wir bräuchten mehr finanzielle Mittel, mehr Sprachkurse und andere Maßnahmen. Aber der Bund macht das Gegenteil, und das könnte auch auf Oberösterreich durchschlagen“. Denn durch Bundeskürzungen bei Familien- und Sozialleistungen ist im Sozialressort des Landes mit höheren Kosten zu rechnen. Zwar ist der Bereich Soziales von den strikten Sparvorgaben bis zu 15 Prozent ausgenommen. Dennoch fürchten viele Organi-

sationen, dass es zu massiven Kürzungen bei Integrationsmaßnahmen kommt. „Landesrat Dörfel kann Sozial- und damit Integrationsmaßnahmen von den Sparvorgaben herausnehmen, muss es aber nicht. Damit sind Kürzungen im Integrationsbereich sehr wohl möglich und wurden im Landtag bereits angedeutet. Bisher hat man diese Stagnation als Erfolgsweg verkauft und regionale Projekte schlechend abgebaut. Wir werden das genau beobachten und konsequent einfordern, dass die Integration die Mittel bekommt, die sie braucht“.



3,1

... Grad. Um soviel ist die Durchschnittstemperatur in Österreich seit dem Jahr 1900 gestiegen, doppelt so hoch wie der globale Durchschnitt.

Quelle: aktueller Klimabericht des BMLUK, Juni 2025

KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

WOHER KOMMT
DIE ANGST VOR
VIELFALT

Was empört nur dermaßen an geschlechtlicher und sexueller Diversität? Warum lassen ungewohnte Lebensentwürfe Sicherungen durchbrennen? Der Hass gegen die queere Community hat auch rund um die jüngste Linz Pride verzichtbare Ventile gefunden. Ein Hitlergruß während des Fests, die Regenbogenfahne am Grünen Haus zerstört und schließlich die Pride-Verbots-Fantasien des FP-LAbg. Gruber. Sein Posting mit einer in den Müll gestopften Regenbogenfahne ist noch in Erinnerung. Je weiter ideologisch rechts verortet, umso manischer wird die Abneigung und gefährlicher die Botschaft. Diesem Nährboden entwachsen schließlich Gewaltakte, wie sie Österreich erschüttert haben. Wir haben es mit einer fundamentalen Ablehnung von Offenheit, Toleranz und Vielfalt zu tun, um die obige Frage zu beantworten. Das ist nicht nur brandgefährlich für die Betroffenen, sondern auch für Gesellschaft und Demokratie ...



Foto: Jakob Koch/HOSI Linz

SONDERPÄDAGOGISCHE BETREUUNG SICHERSTELLEN



Mehr Unterstützung für die zunehmenden Herausforderungen an den Schulen fordert der Grüne Bildungssprecher Reinhard Ammer. „Belastung und Druck steigen. Immer mehr Schüler:innen schlittern in persönliche oder schulische Krisen, brauchen Betreuung, und diese ist auch finanziell sicherzustellen“, meint Ammer. Denn dies stellt die Schulen klarerweise vor große Herausforderungen. Schon jetzt wird es für Schulen immer schwerer, dieser verantwortungsvollen Aufgabe nachzukommen. Zudem kursieren Gerüchte, dass es zu weiteren Kürzungen bei den Betreuungslehrkräften und Assistenzstunden kommen könnte. „Niemand darf allein gelassen werden. Die Schüler:innen brauchen Rat, Hilfe und Unterstützung. Wenn die Schulen das leisten sollen, dann brauchen diese ausreichend Support aus der Politik“, betont Ammer.

DON'T TOUCH THE REGIONALBAHNEN

Zugstrecken am Land sind ein wichtiges Rückgrat der Infrastruktur. Wer die Bahnen einstellen möchte, lässt die ländlichen Regionen im Stich.

■ MARKUS ECKER

Wie mag sie geboren worden sein? Diese Idee im jetzt SPÖ-geführten Infrastrukturministerium in Wien. Wurde in kleiner Runde gebrainstormt, wo denn bestmöglich und am wenigsten aufsehenerregend gespart werden könnte? Und hat man dann einhellig die Regionalbahnen auch in Oberösterreich dafür als ideal auserkoren? Wenn dies so war, hat sich diese Runde eindrucksvoll verspekuliert. Denn die Absicht, Bahnstrecken wie Mühlkreisbahn, Hausruckbahn oder Almtalbahn eventuell durch Busse zu ersetzen, hat im Land eine turmhöhe Welle der Empörung ausgelöst. „Die Bahnen sind weder in Frage zu stellen noch in Busse zu verwandeln. Sie gehören ausgebaut und attraktiviert“, bringt der Grüne Klubobmann Severin Mayr die seit vielen Jahren unumstößliche Grüne Position auf den Punkt. Eine Position, die der gesamte Landtag dem Ministerium auch vermittelt hat.

Die Debatte um die Regionalbahnen birgt nebst der scheinbaren Einigkeit durchaus Delikates. Die nötige Stärkung dieser Bahnen im Sinn der Regionen und des Klimaschutzes war bisher unbestritten. In Oberösterreich ohnehin

auf breiter Basis, aber auch im Bund durch die bisherige Grüne Regierungsbeteiligung. „Jetzt regiert dort die Dreier-Zuckerlkoalition. Infrastruktur- und Finanzministerium sind rot. Dass ausgerechnet jetzt bei den Regionalbahnen die Sparaxt angesetzt wird, bringt daher ÖVP, NEOS und vor allem die SPÖ in Oberösterreich ordentlich ins Schwitzen. „Hier im Land fordern sie Erhalt und Ausbau der Bahnen, 200 Kilometer östlich planen ihre Bundesparteien das genaue Gegenteil. Da reibt sich was gewaltig“, meint Mayr.

„Die Bahnen nicht in Frage stellen, sondern ausbauen“, Severin Mayr.

Damit nicht genug. Neben den Regionalbahnen verbirgt sich ein weiterer Kürzungsreigen hinter dem Begriff „MIP“. Es ist dies das mittelfristige Investitionsprogramm für die Jahre 2026-2030, und es sieht deutliche Einschnitte bei den Bundesmitteln für regionale Privatbahnen, etwa für die LILO oder Attergaubahn, vor. Dabei müssten gerade auch diese Bahnen instandgesetzt, erhalten und modernisiert werden. Mit diesen geplanten Kürzungen wird es deutlich schwerer, regionale Bahninfrastruktur zukunftsfähig zu erhalten. Das ist ein weiterer Angriff auf die Mobilität im ländlichen Raum“, kritisiert die Grüne Mobilitätssprecherin LAbg. Dagmar Engl.

Addiert man zu diesen Maßnahmen noch die veritable Verteuerung des Klimatickets,



Severin Mayr und Dagmar Engl sprechen sich für die Regionalbahnen aus.

verbleiben zwei ebenso düstere wie gravierende Erkenntnisse. Diese Bundesregierung lässt erstens die Regionen im Stich. Denn „die Bahnen zu attraktivieren, heißt auch die Regionen, die ländlichen Gebiete, aufzuwerten. Die Regionalbahnen sind deren Rückgrat“, betont Engl. Zweitens bremst diese Regierung die unverzichtbare Mobilitätswende ein. „Unter

Grüner Regierungsbeteiligung wurde massiv in die Schiene und damit klimafreundliche Mobilität investiert. Mit Erfolg. Diese Regierung streicht dies zusammen, obwohl eine Fortsetzung unerlässlich wäre“, meint Engl. Denn da wäre der jüngste, alarmierende Klimabericht für Österreich. Aber das ist wieder eine andere Geschichte.

REGENBOGENSTADT LINZ

Die Linzpride 2025 war nicht nur ein Fest, sondern auch eine politische Demonstration.

Mit über 13.000 Menschen nahmen heuer so viele wie nie zuvor am Marsch und am Fest teil. Sie setzten ein kraftvolles Zeichen für Vielfalt, Akzeptanz und die Rechte der LGBTIQA*-Community in Oberösterreich. Organisiert wurde das Event von der HOSI Linz, unterstützt von zahlreichen Partner:innen – unter anderem den Grünen. Mit vielfältigen Aktionen, von Info-Ständen bis zu Podiumsdiskussionen, unterstützten

sie das Anliegen, Linz als Ort der Vielfalt und Solidarität zu stärken. Die Verbundenheit zwischen politischem Engagement und Pride-Feierlichkeiten zeigte eindrucksvoll, wie gesellschaftlicher Wandel aktiv gestaltet werden kann.

linzpride.at



UNDURCHSICHTIGER LUXUS AM BERG

Schöner Wohnen mit Fördermillionen – was Steuergeld mit einem Luxus-Anlegerprojekt in Hinterstoder zu tun hat.

■ MARKUS ECKER

Grandiose, waldumsäumte Natur, freier Blick auf kolossale Gipfel und dazu wahlweise Gerstensaft oder ein Kaffeetscherl – wer liebt es nicht. Ist ein Luxus-Domizil betuchter Mitmenschen der Schauplatz dieses Genusses in unberührter Natur, zieht erster Argwohn auf. Sind noch Millionen-Förderungen und damit Steuergeld im Spiel, wird's gewittrig am Horizont. Willkommen im Luxuskomplex „Triforêt“ in Hinterstoder.

Auf den Hutterer Böden gelegen, aktuell insolvenz-geplagt, aber vom Land OÖ mit rund zwei Millionen Euro großzügig gefördert, weil angeblich ein öffentliches Tourismus-Projekt. „Ob es das ist, daran bestehen massive Zweifel“, bringt es der Grüne Raumordnungssprecher Rudi Hemetsberger auf den Punkt. Denn möglicherweise ist es nur ein Vehikel zur Kapitalvermehrung. „Private und Investoren investieren, kaufen im ‚Triforêt‘ Appartements, profitieren von der Wertsteigerung und vermehren damit ihr Kapital“. Der Grundbuchauszug ist eine Offenbarung: Über 60 Eintragungen belegen, dass die



vermeintlichen „Appartements mit touristischer Nutzung“ einzeln an private finanzielle Investoren verkauft wurden. Dass die Betreibergesellschaft ihr Projekt offenherzig als attraktive Kapitalanlage bewirbt, rundet das Bild ab.

Warum nur – so die völlig berechtigte Frage – fördert das Land ein Invest-Konstrukt mit Steuergeld? Die Grünen wollen das vom zuständigen LR Achleitner wissen. Er spricht immer noch von einem klassischen Hotelbetrieb, der ja Voraussetzung für eine Förderung wäre und hat dazu nun eine schriftliche Anfrage der Grünen am Tisch.

Auf welcher Grundlage wurde die Förderung bewilligt? War dem Land klar, dass es ein Investorenprojekt ist, ein so-

genanntes Buy-to-let Modell? Dass Hotelzimmer verkauft und im Grundbuch eingetragen sind? Nur eine Auswahl der offenen Punkte. „Selbstverständlich muss genau geklärt werden, was da gelaufen und wie es zu dieser Förderentscheidung gekommen ist“, meint Hemetsberger. Aber es geht dabei um mehr. Es geht darum, solche Vorgänge künftig grundsätzlich zu verhindern. „Öffentliche Gelder dürfen nicht in Projekte fließen, die den Ausverkauf der Heimat fördern. In Projekte, die Reiche noch reicher machen, aber mit regionaler Wertschöpfung und nachhaltigem Tourismus wenig bis nichts zu tun haben“, meint Hemetsberger.

Zwei Aspekte verdienen noch besondere Beachtung. In die-

sem Fall dringt man erstens in ein bemerkenswertes Immobilien-Dickicht ein. Betreibergesellschaft, Errichtungsgesellschaft, GmbHs, Verantwortungen da, Zuständigkeiten dort, Unternehmensstränge bis ins deutsche Rostock. Solche Konstrukte dürfen nicht über die Nutzung unserer Naturschönheiten entscheiden. Federführend auf Unternehmensseite und Unterzeichner der Fördervereinbarung mit dem Land Oberösterreich war übrigens zweitens jener Mann, der ein Jahr später von der Landesregierung zum Geschäftsführer der Landesimmobiliengesellschaft bestellt wurde. Geschäftsführer der zuständigen Entwicklungsgesellschaft Limestone GmbH ist er noch immer. Der Donner grollt über die Hutterer Böden.

MIT MEHR WETTBEWERB ZU FAIREN STROMPREISEN

„Die Energieunternehmen sind untereinander beteiligt, das hemmt den Wettbewerb und treibt die Strompreise. Das ist der teuerungsgeplagten Bevölkerung nicht zumutbar und muss aufhören“, sieht die Grüne Energiesprecherin **Ulrike Schwarz**

Schwarz eine klare Aufgabe für die verantwortliche Politik auch in Oberösterreich. Gemeint ist Landesrat Achleitner als Eigentümervertreter der Energie AG. Sie ist mehrheitlich im Eigentum des Landes OÖ, jedoch auch gleichzeitig an der Salzburg AG und der Wels Strom AG beteiligt. Von Achleitner fordert Schwarz die Beteiligungsstruktur der Energie AG im Sinne fairer Strompreise zu überprüfen und anzupassen. Die hohen Strompreise sind eine Riesenbelastung für viele Menschen. Diesen Menschen ist Landesrat Achleitner in erster Linie verpflichtet und nicht nur der Energie AG und deren Gewinnen.



FREIHEIT VON STATT FREIHEIT FÜR WAFFEN

Es war ein Verbrechen, wie es Österreich bisher nicht kannte. Der Amoklauf an der Schule in Graz. Die emotionalen Folgen dieser furchtbaren Tat – sie sind nicht erahnbare. Die sachlichen Konsequenzen dagegen liegen auf der Hand. Österreich benötigt ein wirkungsvolles Waffenrecht. Das war das bisherige nicht, „aber auch die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen reichen nicht aus“, meint die Grüne Sicherheitssprecherin **Anne-Sophie Bauer**.



Bauer. Österreichs Waffengesetz zählt zu den liberalsten in Europa. Lückenhaft, ein legistisches Leichtgewicht bei Waffenkontrolle- und Kauf. Ab 18 Jahren kann man eine Waffe der Kategorie C kaufen, Schrotflinten oder Büchsen – ohne Kontrolle, Begründung, Nachweis von Fachwissen oder psychische Eignung. „Daran ändern auch die angekündigten Änderungen nichts. Das ist inkonsistent und der Bevölkerung nicht erklärbar“, meint Bauer. Jenen 77 Prozent der Österreicher:innen, die laut Umfrage TQS Research & ein schärferes Waffenrecht wollen.

Es muss einen Paradigmenwechsel geben. „Das Land braucht Freiheit von, nicht für Waffen“, meint Bauer. „Es sollte ein grundsätzliches Verbot geben und spezifische Ausnahmen. Das würde den Waffenbesitz in Österreich reduzieren, mehr Kontrolle ermöglichen und dem Land mehr Sicherheit geben.“



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

6. JULI 2025

Mein Tagebuch, sie stengan vor der Tür, quasi scho im Zimmer. Na net Wahlen, a net die Zeugen Jehovas und die Heiligen Drei König haben net Saison. Die Sommerferien man i, die Mutter aller freien Tag, nur Bildungskarenz, Sabbatical oder Pension können des toppen. Lehrer san Wellness oder Wallfahrt. De Kids am Handy, bis des Inta finsta wird und nach gsperre Tunnel und gscherte Tagliatelle waant so mancher vor Freud in Polster, dass er wieder daham ist.

Oft mechat ma net die Fiaß, sondern den Kopf in Sand ste-

cken. Echte Krieg und Zickenkrieg, Amok und Hitzeschock. Die EU waacht die Klimaziele auf. Umsetzen solls angeblich die „is eh schon wurscht“ Behörde.

Andere Sachen san a schräg. Dass die Landeshauptleute a Ohr am Volk haben wollen und des andere offenbar gern auf an Polster im Luxushotel. Dass in Österreich scheinbar 1,3 Millionen Jaga, Sportschützen, Bodyguards oder Kopfgeldjäger gibt, die unbedingt privat a Waffen brauchen.

Dass die LRBAZ, die längste Regierungsbank aller Zeiten, den Spardruck locker aushalt.

Dass der Minister Totchnig ambitionierten Klimaschutz wü. Angeblich habens in der schwarzen Parteizentrale aber wegen was anderem glacht.

Was könnt die OÖ. Politik jetzt so machen. Der Stelzer könnt die Fisch und die Feuerwehren erklären, wie er des genau mant mit dem Hausverstands-Klimaschutz. Achleitner und Haimbuchner rund ums „Doch net Windkraft-Sandl wandern – dort ist nach Elch angeblich des letzte Einhorn gsehen worden. Daham in Wien erholen warat was fürn neichen SPÖ Chef Martin „Money“ Winkler. Dauernd auf bodenständiger

Dasiger machen, muass schlau-chen. Der blaue Dim könnt Fortbildung machen, entweder Social Media, Personalführung oder am besten beides. Und sei Kollege, Actionfilmer und Vordenker Gruber sei Rainbow-Serie fortsetzen. Nach „Mandl und Weibl“, „Die Faune hau i daune“ und „Hide the Pride“ warten ma auf den nächsten Teil. Vielleicht a Aufdecker-Gschicht „Der Gay-Schmäh“. Wer waß.

In diesem Sinn, let die sunshie in, aber die Hitze draußen, schen Sommer

■ MARKUS ECKER



REVOLUTION?!

Keine Veränderung ist auch keine Lösung.

Unter diesem Motto steht das Highlight der Grünen Jugend: Das Sommercamp. Vom 26. bis 30. August tauchen wir am Mondsee ein in das große Thema „Revolution“. Gemeinsam erkunden wir, was Revolution gestern war – und was sie heute bedeuten könnte.

Fünf Tage voller Workshops, spannender Diskussionsrunden und ideenreicher Debatten mit lieben Leuten – und mittendrin immer wieder Zeit für Badespaß, Sport und Lagerfeuer-Atmosphäre am Mondsee.

Wenn du zwischen 14 und 30 bist, melde dich einfach über den QR-Code an und schreib uns gern unter ooe@gruene-jugend.at – die Teilnahme ist für dich kostenlos! Wir freuen uns auf dich!



DIE REDAKTION EMPFIEHLT:



BEGEHEN

Großer-Welt-Raum-Weg

Wer in diesem Sommer eine besondere Naturerfahrung sucht, wird sie am Großen-Welt-Raum-Weg bestimmt erleben. Die außergewöhnliche Weitwanderung führt von Bad Ischl auf einer etwa 56 km langen Weitwanderung mit rund 3.000 Höhenmetern durch das Tote Gebirge und endet nach 5 bis 6 Tagen in Hinterstoder. Darüber hinaus begleiten an 14 Stationen Hörtexte von Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Alpinismus die Wandernden und regen zur Reflexion über Mensch, Natur und Kosmos an. Ideal für erfahrene Bergwanderer:innen, die auf der Suche nach Stille, Weite und neuen Perspektiven sind und das vielerorts überraschend lebendige Tote Gebirge in seiner Intensität erleben möchten.

grosser-welt-raum-weg.info



LESEN

Land der Töchter zukunftsreich

Das Buch von Doris Schmidauer: „Land der Töchter zukunftsreich“ ist mehr als eine Autobiografie. Die Feministin, Politikwissenschaftlerin und Ehefrau des Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen schildert offen und persönlich ihren Werdegang, ihre Überzeugungen und ihren Einsatz für Gleichberechtigung. Im Mittelpunkt stehen inspirierende Frauen, deren Geschichten Mut machen und zeigen, wie Engagement und Zivilcourage gesellschaftlichen Wandel bewirken können. Schmidauer gibt diesen Pionierinnen eine Bühne und macht deutlich, wie wichtig weibliche Vorbilder für eine gerechtere Zukunft sind. Ein Buch, das motiviert und Frauen „vor den Vorhang“ holt.

Erschienen im Moldenverlag im Jahr 2025, Preis: 27 Euro.



VERKOSTEN

SoZiAlFreBi

19 Uhr, Gastgarten, immer noch über 30 Grad. Nach einem Tag mit wenig Kaffee und literweise Leitungswasser wird es Zeit für „wos Gscheits“. Allein, die Außentemperaturen lassen noch keinen Gusto nach Bier, Spritzer und Tinto de Verano aufkommen.

Auftritt SoZi AlFreBi, die Kombination gleich mehrerer Sünden auf einmal: alkoholfreier (!) saurer (!) Radler (!) mit Zitrone (!) und, ganz wichtig, genug Eis (!). Bei der Premiere startet man mit großem Soda Zitrone und einer Flasche vom lokalen alkoholfreien Bier und tastet sich – nach ein paar ordentlichen Schlucken vom Soda – an das optimale Mischverhältnis heran. Fortgeschrittene mischen mit Soda aus der Karaffe. Und falls man noch nicht im Fegefeuer der Bierkenner:innen gelandet ist, schmeckt dann zum Sonnenuntergang das Seiterl vom Sommerbier besonders gut.



HINGEHEN

Free Tree Open Air

Das Event in Taiskirchen im Innkreis zählt zu den herausragenden Festivals alternativer Kultur in Österreich und ist ein Paradebeispiel für nachhaltige Events.

Vom 8. bis 10. August 2025 verwandelt sich das idyllische Gelände im Innviertel in eine bunte Festivalwelt mit fünf Bühnen, auf denen über 150 Acts aus verschiedenen Musikrichtungen auftreten – von Bands über DJs bis hin zu Poetry Slams und Kulturprogrammen.

Das Festival ist als offizielles Green Event mehrfach ausgezeichnet und setzt konsequent auf Nachhaltigkeit: Alle Speisen sind bio-zertifiziert, regional und saisonal, das Angebot reicht von vegetarisch bis vegan. Das Festival bietet nicht nur Musik und Kultur, sondern auch Workshops, kreative Dekorationen und ein einzigartiges Gemeinschaftsgefühl... freetreeopenair.atinfos



REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ

Landgutstr. 17, 4040 Linz

Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556

Leser:innenzuschriften:

Mail marco.vanek@gruene.at

Tel. 0732/73 94 00

Adressverwaltung: Mag. Richard Steinmetz **Mail** service.ooe@gruene.at

KONTAKT

Die Grünen OÖ –

Die Grüne Alternative

Landgutstraße 17, 4040 Linz

Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556

Mail ooe@gruene.at

Web ooe.gruene.at

FB facebook.com/grueneooe

IN VOLLEN ZÜGEN

Mein ganz persönliches Plädoyer für den Erhalt der Almtalbahn

RENÉ FREUND

Seit 1901 verkehrt die Almtalbahn zwischen Grünau und Wels, und gefühlt so lange bin ich regelmäßiger Gast in diesem romantischen Zug. Nun wollen die ÖBB den Betrieb der Bahn einstellen und durch Busverbindungen ersetzen – und das, obwohl in den vergangenen Jahren über 20 Millionen Euro in die Sanierung der Bahn investiert wurden. Das ist ein

bisschen so, als würde ich ein Haus renovieren, um es im Anschluss abzureißen.

Ja, wir wissen alle, der Staat muss sparen, aber doch bitte nicht bei einer Bahnstrecke, die für so viele Menschen eine Lebensader ist. Zugegeben, wenn nicht gerade Schulbeginn oder Schulschluss ist, sind wir bis oder ab Sattledt eine recht überschaubare Gruppe in diesem Zug. Aber muss man deshalb gleich die ganze Strecke stilllegen? Brauchen die Menschen in Grünau die Bahn nicht in Wahrheit viel dringender, weil sie eh schon so weitab vom „Schuss“ wohnen?

Die Wirtschaftlichkeit ist heute das höchste Gut. Das erzählt man uns zumindest den ganzen Tag lang. Aber für mich und viele andere ist eine Fahrt mit „unserem“ Zug auch eine Möglichkeit, das Leben in vollen Zügen zu genießen. Die Almtalbahn ist nicht einfach nur eine Bahnstrecke. Für alle, die zur Arbeit pendeln oder in die Schule gehen ist die Bahn

Klassenzimmer, Schlafzimmer, Wohnzimmer. Die Strecke führt am Almfluss entlang, der türkisfarben schimmert in seinem von Kiesbänken gesäumten Bett. In der Ferne sieht man die erhabenen Spitzen des Toten Gebirges, und am Wald-

rand Hasen, Rehe und Fasane. Die Haltestellen tragen so schöne Namen wie Traxenbichl, Steinbachbrücke, Wiesmühle und Schauersberg. Manche Bahnhöfe sind einfach gehalten, andere vom Jugendstil angehaucht. Könnte man aus dieser Fahrt nicht eine Touristenattraktion machen, so eine Art Almtaler Orient-Express?

Bis 5. September 2025 wurde übrigens ein Schienenersatzverkehr für die Almtalbahn eingerichtet. Warum? Sie wird saniert. Wozu? Um sie dann zu beerdigen unter dem Motto „Schau, jetzt passt alles, jetzt können wir sie endlich zusperren?“ Immerhin, es gibt einen positiven Aspekt am drohenden Aus für Almtal- und Hausruckbahn: Alle, ja alle Parteien im oberösterreichischen Landtag haben sich zusammengetan, um für deren Erhalt zu kämpfen.



René Freund lebt als Schriftsteller im südlichen Oberösterreich. www.renfreund.com